

Diese Bundeswehr – ein immer teureres Sicherheitsrisiko!

***Stoppt ihren Einsatz im Ausland wie im Inneren
sowie bei der Militarisierung der EU
parallel zur Ausweitung der NATO-Einsätze!***

Deutschland als zentraler Akteur innerhalb der Nato- und EU-Globalstrategie

Nach dem Brexit befindet sich die EU immer stärker in der Krise. Der letzte EU-Gipfel in Bratislava zeigt neben der EU-Flüchtlingspolitik und dem Brexit die Zerrissenheit, aus der man über eine Abschottung der Außengrenzen und insbesondere mit massiven Rüstungsanstrengungen einen Ausweg sucht. Der CETA/TTIP Hardliner, „Meister der Hintertreppe“ und Kommissionspräsident **Juncker** verkündet zwei Tage zuvor am 14.9.2016 dazu seine kriegerischen Visionen:

"Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus...Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen. Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen. Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht."

Nach dem Brexit lässt sich ohne den früheren, britischen Einfluss zugunsten der US-Dominanz via NATO der deutsche, militärische Geltungsanspruch innerhalb der NATO und nun der EU offiziell kaum noch bremsen. Nach einem bereits vorbereiteten Positionspapier der Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Steinmeier und Ayrault, vom 28.6.2016 gelte es mit einer umfassenden Aufrüstung, die EU nach dem Austritt Großbritanniens Schritt für Schritt zum „unabhängigen“ und „globalen“ Akteur zu entwickeln. Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, Elmar Brok, erklärte am 13.9.2016 im Deutschlandfunk: „Jahrelang haben uns die Briten aufgehalten. Jetzt geht es endlich voran.“

Die von der EU-Außenbeauftragten Mogherini bereits kurz zuvor verkündete, neue **Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU**

(<http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10715-2016-INIT/de/pdf>)

betont nunmehr das eigenständige, militärische Handeln der EU und legt darin auch Wert darauf, die „ehrgeizigen,, , umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA und TTIP mit ihren internationalen Regulierungsstandards innerhalb von Handelsabkommen „der neuen Generation“ zu würdigen, da sie „das transatlantische Bekenntnis zu gemeinsamen Werten“ bezeugten und es ermöglichen, „rechtliche Fragmentierungen und Hemmnisse abzubauen und den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu regeln“.

Die neue EU-Globalstrategie prägt auch das neue **Weißbuch der Bundeswehr**: 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), also quasi eine Verdoppelung, sind nun als Richtschnur für den künftigen deutschen Verteidigungsetat hierin festgeschrieben. Mit dem dort angeführten Konzept des „vernetzten Handelns“ erfolgt die Unterordnung des Zivilen unter das Militärische (Entgrenzung des Militärischen). Über diesen erweiterten Sicherheitsbegriff und den selbst deklariertem „Schutz“ durch die Bundeswehr ist es zugleich leichter, deren Einsatz im Innern vorzubereiten und die Auslandseinsätze auszuweiten. Die mehrfach deklarierte, internationale Verantwortungsübernahme beim angeblichen Einsatz für Men-

schenrechte machen sogenannte, robuste Auslandseinsätze der Bundeswehr zu einer militärischen Normalität.

Nach Angaben von Verteidigungsministerin von der Leyen sollen bis 2030 üppige 130 Mrd. Euro zugunsten dieser „Verantwortungsübernahme“ in die Neuanschaffungen von Kriegsmaterial gesteckt werden, da mit vorausgegangener Propagandaoffensive danach die chronisch „unterversorgte“ Bundeswehr ein „Sanierungsfall“ sei. Dies wären umgerechnet mehr als eine Verdopplung der 4,2 Mrd. Rüstungsinvestitionen des Jahres 2015. Auch Bundeskanzlerin Merkel möchte nun mehr als 60 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt ausgeben.

Diese somit angekündigte Rüstungsoffensive stellt eine neue Qualität dar, reiht sich aber ein in frühere Bemühungen, nun nach der „Wiedervereinigung“ zu einem zentralen Akteur innerhalb der NATO- und in der neuen EU-Globalstrategie zu werden.

Schon 2002 wurde für den Umbau der NATO-Kommandostruktur als Teil eines NATO-Transformationsprozesses unter führender Unterstützung Deutschlands mit dem Aufbau von **NATO-Exzellenzzentren** begonnen, die vom ACT (Alliierte Kommando Transformation) in Norfolk, Virginia mit kontrolliert und koordiniert werden. Sie dienen im Hintergrund der operativen Kommandostruktur der NATO quasi als Strategie-Think Tank und zur intensiven Vernetzung der beteiligten Länder und Arbeitsschwerpunkte. Deutschland ist mit 17 von 24 Zentren hierbei am stärksten engagiert. Nahezu die Hälfte dieser Zentren sind im östlichen Bereich der NATO (im „Neuen Europa“ a la Rumsfeld) angesiedelt. Abseits der parlamentarischen Kontrolle (wie bei den TTIP-Verhandlungen) werden vor allem in internen Militärkreisen, militär-strategisch „innovative“ Strategie-Studien, Konzepte und „*Lessons-Learned-Analysen*“ entwickelt und Veranstaltungen für und mit der NATO durchgeführt. Nach der Nato-internen Akkreditierung eines solchen Zentrums hat dieses die Rechte und Privilegien wie ein NATO-Hauptquartier. Bei zunehmenden Ausgaben hierfür aus den Steuergeldern (für 2017 in Deutschland 981 Millionen Euro) erhält die Öffentlichkeit wegen der NATO-Geheimhaltungsvorgaben nur einen „ausgewählten“ Einblick in deren Arbeitsergebnisse. Die NATO-Exzellenzzentren bieten ein konzeptionelles Rückgrat für eine „360 Grad-NATO“, um - gemäß NATO-Globalstrategie - in allen denkbaren Einsatzszenarien eingesetzt zu werden.

Details zu der Arbeit der Zentren in Deutschland (Kalkar, Kiel und Ingolstadt) siehe unter http://www.imi-online.de/download/IMI-Analyse2016_6.pdf

Die Bundeswehr als „Armee im inneren Einsatz“

Neben den bislang 15 ausländischen Einsätzen in Europa, Afrika und Asien soll es künftig auch um Einsätze der Bundeswehr im Inneren gehen. Man möchte angeblich damit einem Terror-Anschlag im Innern begegnen und setzt ausgerechnet den medialen Startschuss dazu beim Amoklauf in München, der von einem Neonazi mit deutsch-iranische Hintergrund begangen wurde.

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-amoklaeufer-von-muenchen-war-rechtsextremist-14359855.html>

Für einen Bundeswehreinsatz im Inneren wird u.a. im Bereich von „Aufstandsbekämpfung“ fleißig geübt:

Wie die Rheinische Post vom 30.8. 2016 berichtete, geht die Bundesregierung selbst beim Aufbau der Truppenübungsstadt Schnöggersburg bei Magdeburg von mittlerweile 140 Mill. Euro aus. Diese künstliche Stadt werde "von 2018 an schrittweise für den Übungsbetrieb der Streitkräfte zur Verfügung stehen". Rolf Gössner, Publizist und Vizepräsident der internationalen Liga für Menschenrechte, erklärte bereits Sept. 2015, dass in dieser Stadt

"Bundeswehr-, EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den 'asymmetrischen' Krieg und Häuserkampf in Großstädten proben [werden] - für bewaffnete Konflikte der Zukunft, für Auslandseinsätze, aber auch für künftige Bürgerkriegs- und Militäreinsätze in europäischen Städten und im Innern des Landes".

Was für eine Entwicklung zur heutigen „Armee im Einsatz“ mit Verpflichtungen, die mit dem Grundgesetz kaum noch in Einklang gebracht werden können.

Die Bundeswehr vom „Staatsbürger in Uniform“ zur „Armee im Einsatz“ der NATO-Globalstrategie

Als 1989, nach der Auflösung des Warschauer Paktes, der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama als konservativer US-„Neocon“ das „Ende der Geschichte“ verkündete, da es in Bezug zur Hegelschen Geschichtsphilosophie keine weltpolitischen Widersprüche mehr gebe, hätte man annehmen können, dass somit auch die NATO 1.0 (die des Kalten Krieges) auch ihre Existenz beendet hätte. Aber man suchte für sie lediglich neue Aufgaben.

Der damalige Berater des US-Außenministeriums und Politologe am Institut für Strategische Studien der Harvard-Uni, Samuel Huntington, sprach 1993 als Kritik an Fukuyama vom anstehenden Kampf der Kulturen und meinte damit den der westlichen Zivilisation mit dem chinesischen und dem islamischen Kulturraum. Der spätere Vorsitzende des Senatsausschusses für Außenpolitik, Richard Lugar, stellte zur NATO im gleichen Jahr noch als Senator fest: *„If NATO does not go out of area, it will go out of business.“*

Die NATO 2.0 stellte sich danach als Schutzmacht der neoliberalen Globalisierung auf.

Darüber hinaus erfolgte bereits 1999 der Angriffs-Krieg gegen Jugoslawien und die erste Runde der NATO-Osterweiterung (mit Polen, Tschechien und Ungarn). 2001 wurde nach dem 9/11 der von George Bush verkündete „Krieg gegen Terror“ und insbesondere gegen sogenannte „Schurkenstaaten“ (wie Libyen, Irak, Südjemen, Sudan und Syrien) vorangetrieben. Die „Out of Area“-Einsätze der NATO 3.0 nahmen kein Ende.

In diesem Zeitraum ist der „Krieg gegen den Terror“ zum teuersten (laut J. Stiglitz 3 Billionen US-Dollar) und zugleich zerstörerischsten politischen Projekt seit dem Zweiten Weltkrieg“ (Christoph Krämer, Die wahre Ursache der Flucht, in N-TV vom 9.9.2015) geworden und kostete nach IPPNW-Angaben in den ersten 10 Jahren 1,3 Millionen Menschen das Leben, noch ohne hierbei die weit über 200.000 Toten in Syrien (als mittelbare Folge dieses Krieges) zu berücksichtigen. Begleitet wurde dieser Krieg durch den intensiven Einsatz von Folter sowie von Privat-Armeen und verdeckten Operationen sowie dem Drohmenterror, der es den militär-technologisch Führenden abseits des Völkerrechts erlaubt, ohne Kriegserklärung und z.T. ohne Notwendigkeit von Parlamentsbeschlüssen (z.B. in den USA, wenn keine eigenen Soldaten gefährdet sind) Kriege unter einem geringem, eigenem Risiko und ohne öffentliche Aufmerksamkeit zu führen.

9/11 wurde zum ersten NATO-Verteidigungsfall deklariert, um möglichst viele NATO-Mitgliedsländer in den „Kampf gegen Terror“ einzubeziehen. Im Krieg gegen den Irak setzte die schon von US-Verteidigungsminister Rumsfeld angesetzte EU-Spaltung vom nicht so kriegswilligen, alten zum willigen, neuen Europa ein, die uns heute in umgekehrter Form in der mangelnden Bereitschaft von Flüchtlingsaufnahme aus den insbesondere über diesen Krieg destabilisierten Regionen begleitet.

Parallel kommt es unter verstärktem Einfluss von EU und der NATO zur zunehmenden Militarisierung der UNO, sodass Thomas Mickan (in einer Studie der von der IMI) bereits 2011 die Notwendigkeit sah, zu einer Neubewertung der militärischen „Friedensbemühungen“ der UN zu gelangen.

Deutschland setzte sich militärisch in Afghanistan fest und unterstützt über die operative Drehscheibe in Ramstein den US-Drohnenkrieg, bereitet selbst den Kampfdrohneinsatz vor und beteiligt sich an der Entwicklung einer neuen, europäischen Kampfdrohne..

Die mit Abstand wichtigste Maßnahme beim Warschauer NATO-Gipfel 2016 stellt dabei die routierende, aber quasi dauerhafte Stationierung von NATO-Truppen mit Aufstellung einer „Ultraschnellen Eingreiftruppe“ („Very High Readiness Joint Task Force“, VJTf) in den „Frontstaaten“ Osteuropas dar, wobei Deutschland aktiv vorbereitend und mit dem größten, europäischen Truppenkontingent zentral beteiligt ist.

„Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt)

Krieg als zentrale Fluchtursache

Der Global-Peace-Index des Stockholmer Instituts SIPRI und die Flucht-Statistiken des UNHCR (UNO-Flüchtlingshilfe) belegen deutlich, dass aktuell die Haupt-Herkunftsorte von Flüchtlingen Regionen mit intensiven und verheerenden Kriegen sind.

Direkte wie verdeckte militärische Interventionen treffen in den letzten Jahren insbesondere säkulare Staaten mit vorher in der Region relativ intakten Sozialsystemen (z.B. Irak, Libyen und Syrien) wobei der Westen andererseits mit religiös-fundamentalistischen Diktaturen wie Saudi Arabien und Katar sowie dem expansiven Repressionsregime in der Türkei im Bündnis steht. Rüstungsexporte u.a. aus Deutschland in diese Kriegs-Regionen feuern die kriegerischen Auseinandersetzungen weiter an.

Mit ihren Auslandseinsätzen, die zunehmend auch zu Kriegseinsätzen geworden sind, leistet die Bundeswehr weiteren Fluchtbewegungen wie auch verzweifelten Attentaten und ansteigender Terrorgefahr Vorschub. Mit ihrem Rüstungsexport auch in Krisenregionen, der Beteiligung an der Schnellen Eingreiftruppen gegen Russland und ihren beabsichtigten, gemeinsamen Übungen mit der Polizei zur Terror- wie Aufstandsbekämpfung im Innern ist diese Bundeswehr unter der Last steigender Rüstungsausgaben zu einem kostspieligen Sicherheitsrisiko geworden. Dies gilt insbesondere, wenn sie sich weiter führend innerhalb der NATO- und EU-Globalstrategie engagiert!

(Auch um die Ursachen von zunehmender Flucht und den alten/neuen deutschen Militarismus der reaktionären AFD zu begegnen)

Fordern wir von der bundesdeutschen Regierung:

- statt der angekündigten, massiven Ausweitung, die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen und den Stopp der Rüstungsexporte
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands
- ein Ende der Drohneinsätze via Ramstein, der Anschaffung bewaffneter Drohnen sowie den Stopp der Entwicklung neuer, europäischer Kampfdrohnen und der weiteren Militarisierung der EU.
- gemeinsam mit der IPPNW (nach dem früheren französischen Vorbild unter de Gaulle) die Beendigung der Nato-Integration Deutschlands in gemeinsamen Planungsstäben, „Exzellenzzentren“ und kriegerischen Einsätzen; längerfristig den Austritt aus der NATO, denn: **Eine Welt ohne NATO ist nötig!**

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Die neue Rolle Deutschland in der Welt wäre „ein solidarischer Partner mit gleichberechtigten sowie fairen sozialen, ökonomischen und ökologischen Beziehungen zu allen Staaten in der Welt. Von deutschem Boden sollten Frieden und Abrüstung ausgehen und Impulse zu friedlichen Konfliktlösungen gesetzt werden.

Attac hat mit der Unterstützung der bundesweiten Demonstration am 8.10.2016 in Berlin einen wichtigen Schritt unternommen, um mit der bundesdeutschen Friedensbewegung gegen die bedrohlich steigende Militärisierung Widerstand zu leisten. Dies ist ein guter Anfang, den es auszubauen gilt.

Beteiligen wir uns an zentralen Aktionskonferenzen wie

- dem 23. bundesweiten und internationalen Friedensratschlag 2016 in Kassel (Universität) am 3. und 4. Dezember 2016 (Samstag/Sonntag),
- dem IMI-Kongress „Kein Frieden mit der Europäischen Union“ am 19. und 20. November in Tübingen (Samstag/Sonntag).

Attac sollte sich auch für **zentrale Friedensaktionen im Jahr 2017** einsetzen:

Noch Ende August diesen Jahres verständigten sich Bundesinnenminister de Maizière und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen darauf, im Februar 2017 in 4 Bundesländern gemeinsame Übungen von Bundeswehr und Polizei für den Einsatz im Innern durchzuführen. Siehe

<http://www.ksta.de/nrw/bundeswehr-und-polizei-ueben-im-februar-fuer-den-terrorfall-24674572>

Sollte sich dies konkret weiter bestätigen, sollte Attac gemeinsam mit der Friedensbewegung zu Widerstandsaktionen hierzu, sowie zu den fortlaufenden Übungen zur „Aufstandsbekämpfung“ in der Truppenübungsstadt Schnöggersburg bei Magdeburg aufrufen.

Der nächste NATO-Gipfel in Brüssel - voraussichtlich im Mai/Juni 2017 - sollte Teil einer Aktionswoche in Brüssel sein, wobei möglichst verschiedene Protestbewegungen (Stopp CETA/TTIP, gegen die EU-Austeritäts- und -Flüchtlingspolitik, DIEM 25, sowie gegen den NATO-Gipfel und die Militarisierung der EU) gemeinsam gegen die aktuelle Politik der EU aktiv werden sollten. Das würde uns auch für ein „Europa von unten“ voranbringen.

Unterstützen wir darüber hinaus die nächsten überregionalen Proteste gegen den Drohneinsatz in Ramstein vom 8. bis 10.09.2017.

**Machen wir 2017 zu einem aktionsreichen Jahr
für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung!**